



1 BDKJ-Diözesanversammlung 2009 - Antrag 3

2 Solidaritätszuschlag für die Jugend - Eine Perspektive für die
3 Krisenkinder

4
5
6

7 **Antragsteller:** BDKJ-Diözesanvorstand

8

9 Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

10

11 **Solidaritätszuschlag für die Jugend** 12 **Eine Perspektive für die Krisenkinder**

13

14

15 **Einleitung**

16

17 Als Dachverband der katholischen Jugendverbände nimmt der BDKJ die verheerende wirt-
18 schaftlich Lage zum Anlass, eine zweckgebundene Umwidmung des Solidaritätszuschlags für
19 Kinder und Jugendliche zu fordern.

20

21 Junge Menschen sind Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft. Für ein gesundes Auf-
22 wachsen benötigen sie sichere Rahmenbedingungen, die sie in der persönlichen und sozialen
23 Entwicklung unterstützen und ihnen wichtige Möglichkeiten und Freiräume bieten.

24

25 In der Realität des 21. Jahrhunderts haben Kinder und Jugendliche in Deutschland mit vielen
26 Hürden zu kämpfen. Fast 20 % aller Kinder sind arm, so dass ihre Teilhabe an der Gesell-
27 schaft kaum möglich ist. Das Bildungssystem ist marode, sowohl in seiner Infrastruktur, als
28 auch in Chancen und Möglichkeiten. Die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen sind
29 leer, die entstehenden Schulden wird die nächste Generation tragen. Hinzu kommt die aktuel-
30 le Wirtschaftskrise, die beispielsweise in den Bereichen Arbeit und Ausbildung stark auf junge
31 Menschen zurückfällt.

32

33 Eine Verbesserung und Stabilisierung der Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche
34 kann nur mithilfe von langfristigen finanziellen Ressourcen gewährleistet werden

35

36

37 **Sanierung der Bildungseinrichtungen**

38

39 Als ein Ort des Lernens spielt die Schule eine zentrale Rolle in der Lebenswelt von Kindern
40 und Jugendlichen. Häufig sind die Gebäude marode und die Lernmaterialien und technischen
41 Voraussetzungen sind veraltet, was die Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler stark
42 einschränkt. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung konnte hier nur punktuell Abhilfe
43 schaffen.

44

45 **Wir fordern:**

46 Der Solidaritätszuschlag wird dafür genutzt, dass bis 2020 bundesweit der Sanierungsstau in
47 allen Schulen behoben wird. Des Weiteren werden alle Schulen mit den nötigen Materialien
48 und Lehrmitteln ausgestattet, die umfassendes Lernen ermöglichen. Hierfür werden Mindest-

1 standards für die Ausstattung von Schulen festgelegt Diese Kriterien werden mithilfe des So-
2 lidaritätzuschlags regelmäßig geprüft und bundesweit aufrechterhalten.

3
4 Zudem muss es Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden, an schulischen Aktivitäten,
5 wie Ausflügen und Klassenfahrten teilzunehmen. Zusätzlich zu ihren Hartz IV- Bezügen wird
6 bedürftigen SchülerInnen aus Mitteln des Solidaritätzuschlags die Teilnahme an schulischen
7 Aktivitäten finanziert.

10 **Ausbildungsplatzsicherheit**

11
12 Eine gesicherte Ausbildung ist für jeden Jugendlichen die Voraussetzung um ein eigenständi-
13 ges selbstbestimmtes Leben zu führen.

14
15 Die Ausbildungsplatzbilanz sagt zwar aus, dass der Nachfrage an Ausbildungsplätzen ent-
16 sprochen werden kann, in der Realität aber befinden sich jährlich über 500.000 Jugendliche in
17 Deutschland in Übergangssystemen wie berufsvorbereitenden Maßnahmen oder jobben, um
18 Wartezeiten zu überbrücken. Schätzungen zufolge verfügen ca. 15% der 20-29jährigen nicht
19 über eine abgeschlossene Berufsausbildung.

21 **Wir fordern:**

22 Der Solidaritätzuschlag wird dafür genutzt, finanzielle Anreize zu schaffen, die es kleinen
23 Betrieben ermöglichen, personelle und finanzielle Ressourcen für die Ausbildung Jugendli-
24 cher einzuräumen.

25
26 Der Bund legt ein Mentoringprogramm zur kontinuierlichen Begleitung und Unterstützung
27 schwer vermittelbarer Jugendlicher auf, um ihre Chance für die Integration in den Arbeits-
28 markt zu erhöhen.

29
30 Insgesamt muss die Unterstützung der Ausbildungsplatzsicherheit langfristig, unbürokratisch
31 und sowohl an den Bedürfnissen der Jugendlichen, als auch an denen der Jugendhilfe und der
32 Ausbildungseinrichtungen orientiert sein.

35 **Gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher**

36
37 Die Teilhabe an der Gesellschaft von Kindern und Jugendlichen spielt sich oft in ihrer Freizeit
38 ab. Daher müssen sie die Möglichkeit haben, an Angeboten von Vereinen und Verbänden
39 teilzunehmen. Nur auf diesem Weg erwerben Kinder und Jugendliche ausreichende informel-
40 le Bildung und können sich in ein soziales Netzwerk einfügen.

42 **Wir fordern:**

43 Der Solidaritätzuschlag wird dafür genutzt, bedürftigen Kindern und Jugendlichen zusätzlich
44 zum regulären Hartz IV-Satz finanzielle Mittel zur Teilnahme an Verbands- und Vereinsakti-
45 vitäten zu Verfügung zu stellen.

46
47 Es werden Kriterien für die Zuwendungen entwickelt, denen die realen Bedürfnisse von jun-
48 gen Menschen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zugrunde gelegt werden. Der fi-
49 nanzielle Aufwand, den Eltern für Vereins- und Verbandsaktivitäten ihrer Kinder haben, wird
50 steuerlich abzusetzen sein.

1 **Jugendbeteiligung garantiert**

2

3 Kinder und Jugendliche wollen die Gesellschaft aktiv mit gestalten. Oft haben Kinder und
4 Jugendliche zu wenige Möglichkeiten, Partizipation zu lernen und zu leben. Die finanzielle
5 Ausstattung von Vereinen, Verbänden und Initiativen, die in diesem Bereich tätig sind ist ge-
6 ring und in den meisten Fällen unsicher, da nur mit begrenzten Projektmitteln gearbeitet wer-
7 den kann.

8

9 **Wir fordern:**

10 Mit dem Solidaritätszuschlag werden finanzielle Mittel für eine kontinuierliche Kinder- und
11 Jugendbeteiligung bereitgestellt. Die Mittel müssen von Vereinen und Verbänden auf allen
12 Ebenen abrufbar sein und die Möglichkeit eröffnen eine langfristige Arbeit in diesem Bereich
13 zu leisten.

14

15

16 **Begründung:**

17

18 Seit 1998 zahlen in Deutschland alle steuerpflichtigen Bundesbürger den Solidaritätszuschlag.
19 Er beträgt 5,5 % der Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer, so dass jährlich zwischen 10
20 und 12 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt fließen. Die Einnahmen sind nicht zweckge-
21 bunden und werden für alle anfallenden Ausgaben verwendet. Schätzungen zufolge fließen
22 lediglich 20 % der Einnahmen in den Aufbau Ost und 75 % in die Sozialausgaben.

23

24 Das ursprüngliche Ziel, die Unterstützung für die neuen Bundesländer, wird also nur noch in
25 kleinem Rahmen verfolgt.

26

27 Eine Umwidmung des Solidaritätszuschlages führt dazu, dass man die Zukunft (in Ost und
28 West) ganz konkret fördern und aufbauen kann.

29

30 Die zweckgebundene und transparente Nutzung des Solidaritätszuschlages für die Jugend er-
31 möglicht nachhaltige Veränderung für die Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger
32 Menschen.